

so gut wie möglich zu machen. Wir wissen, dass wir Belastungen auch auf die Kollegien übertragen haben. Wir wissen, dass die damaligen Bedingungen in Pilotprojekten nicht für alle umsetzbar waren – auch vor dem Hintergrund der Haushaltssituation.

Deshalb, lieber Kollege Laschet, lieber Kollege Lindner, wäre es nur fair, wenn Sie sagen, an welchen Stellen Sie noch mehr Lehrerstellen aufbauen würden – unter der Voraussetzung, dass sie alle am Markt zu kriegen sind. Wo und in welchem Umfang würden Sie diese Stellen schaffen, und wie würden Sie sie finanzieren? Wenn Sie so vorgehen würden, würden Sie in diesem Land eine ordentliche Oppositionsarbeit machen. Das sind Sie heute schuldig geblieben.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Minister Michael Groschek: Das glaube ich!)

Damit schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2016)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12117

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Landesregierung Herrn Finanzminister Dr. Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung verfolgt mit ihrer Haushaltspolitik seit 2010 eine konsequente Linie. Wir sichern die Handlungsfähigkeit der Landespolitik für die Menschen, für die Wirtschaft im Land und investieren in die Zukunft. Wir fahren deshalb die Neuverschuldung des Landes auch nicht hau ruck, sondern Schritt für Schritt zurück, sodass wir die Schuldenbremse ab 2020 einhalten können.

Das haben wir zweifellos mit einer soliden Wirtschaft erreicht und deshalb auch mit soliden Steuereinnahmen, aber trotzdem auch unter Verzicht auf manches

Wünschenswerte, das man natürlich gerne noch umsetzen würde, um den Erwartungen der Menschen im Land gerecht zu werden.

Aber nicht nur das. Wir haben auch für schwer kalkulierbare Herausforderungen vorgesorgt. Eine so schwer kalkulierbare Herausforderung ist das, was wir seit 2015 zu bewältigen haben: die Zuwanderung von Menschen aus Krisengebieten.

Dieser Herausforderung können, dürfen und wollen wir nicht aus dem Weg gehen. Vor allem wollen wir uns ihr so stellen, dass auch die Bewältigung dieser Herausforderung eine Zukunftsinvestition für Nordrhein-Westfalen wird, und zwar so, dass wir dabei die anderen Erwartungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht ausblenden. Für uns sind Zukunftssicherung, Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Haushaltskonsolidierung kein Entweder-oder.

In der gemeinsamen Pressekonferenz, die ich gestern mit dem Bundesfinanzminister in Berlin hatte, hat Wolfgang Schäuble wiederholt, was er schon mehrfach gesagt hat: Wir fahren zurzeit ein Stück weit auf Sicht. Wenn das für den Bundesfinanzminister gilt, dann kann sich kein Land und dann kann sich auch keine Kommune davon abkoppeln. Wir haben uns den auch vom Bund weitergereichten Unwägbarkeiten zu stellen, und wir haben gleichzeitig mit ihm zu verhandeln.

Wir tun das in dem Bewusstsein, gut vorgesorgt zu haben. Denken Sie nur einen Moment darüber nach, wo wir stünden, wenn der Haushalt des Jahres 2016 nicht mit den über 4 Milliarden € zusätzlich belastet wäre, die wir durch das Thema Flüchtlinge mehr in diesem Haushalt haben als 2014. Dann hätten wir ein sattes Plus. Deswegen ist auch der heutige Nachtrag ein wichtiger Beitrag, den soliden Weg fortzusetzen: Die Ausgaben steigen im Saldo um 378 Millionen € auf 69,9 Milliarden €. Sie werden vollständig gegenfinanziert ohne zusätzliche Kredite.

Der Zeitpunkt für diesen Nachtrag ist der richtige Zeitpunkt. Zur Jahresmitte haben wir belastbare Erkenntnisse über die Flüchtlingszahlen. Hätte ich der Forderung der Opposition entsprochen und diesen Nachtragshaushalt schon im Februar vorgelegt und die Zahlen aktualisiert, dann wären nicht 172 Millionen € zusätzlich im Haushalt für Flüchtlinge veranschlagt, sondern 350 Millionen €. Die Zahlen haben sich also geändert.

Wir haben auch bessere Erkenntnisse über Steuereinnahmen und Steuerprognosen: bis Ende Mai plus 8,6 % mehr Steuereinnahmen bei geplanten 5,4 %. Da sage ich ganz klar: Die werde ich jetzt nicht einfach hochrechnen, sondern wir schauen uns natürlich das zweite Halbjahr an. Es zeigt aber durchaus, dass wir hier nicht mit zu hohen Erwartungen kalkuliert haben.

Wir haben auch eine bessere Datenlage, welche Akzente wir setzen können, um eben nicht Entweder-oder zu machen: entweder Flüchtlingshilfe oder Zukunftsbereiche und Investitionen.

Es ist nicht nur der richtige Zeitpunkt für den Nachtrag, sondern auch der richtige Finanzierungsweg. 150 Millionen € aus der Spitzabrechnung des Bundes bedeuten: Von den 4,6 Milliarden €, die jetzt im Haushalt für Flüchtlinge stehen – davon 2,8 Milliarden € für die Kommunen –, trägt der Bund dann 945 Millionen €. Alle diejenigen, die davon reden, es werde nicht alles weitergereicht, sollten sich die Zahlen einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das ist vonseiten des Bundes viel zu wenig, aber es ist immerhin eine erste Korrektur.

Ebenfalls 150 Millionen € können wir umschichten, weil wir eben auch zur Jahresmitte wissen, wo verfügbare Gelder 2016 nicht abfließen werden. Wir werden auch – das ist im Vorfeld schon kritisiert worden – durch Umschichtung zwischen den Haushaltsjahren dazu beitragen, dass wir den Weg zur Nullkreditaufnahme nicht in einem unnötigen und sinnlosen Zickzack gehen, wo eine klare Linie möglich und sinnvoll ist. Das erreichen wir durch eine vorgezogene Rückzahlungsrate des BLB in Höhe von 185 Millionen € – so, wie der Bundesfinanzminister das mit seinen Instrumenten, mit Sondervermögen, mit ähnlichen Buchungen, im Bundeshaushalt auch macht.

Damit bleibt die Nettokreditaufnahme unverändert bei 1,8 Milliarden €. Das sind 2,5 Cent von jedem ausgegebenen Euro. Als ich 2010 anfang, waren im Plan rund 9,5 Cent von jedem ausgegebenen Euro kreditfinanziert.

Damit sorgen wir in wichtigen Bereichen für wichtige Verbesserungen: Ausgaben in Bildung – 529 Lehrerstellen –, in Justiz, Finanzverwaltung, Polizei, Hochschulen, Breitband, Integration. Das will ich nicht im Einzelnen aufzählen. Dazu ist die Zeit abgelaufen. Aber das liegt auch mit dem Haushaltsentwurf und vor allen Dingen mit unseren öffentlichen Verlautbarungen dazu vor.

Wichtig ist nur noch der eine Satz, dass die Kommunen die vollständige Anpassung der Mittel des FlÜAG und der Mittel für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, angepasst an die aktuellen Flüchtlingszahlen, erhalten.

Ich bitte in den weiteren Debatten um Zustimmung zu diesem Haushaltsentwurf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 1:08 Minuten überschritten hat, und erteile jetzt für die SPD-Fraktion dem Kollegen Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die einen sagen: Schon wieder ein Nachtrag. Ich sage: Es ist gut, dass es diesen Nachtragshaushalt gibt, weil er richtige Schwerpunkte setzt.

Gerade die Opposition in diesem Haus müsste eigentlich über die Inhalte dieses Nachtrages zumindest weitestgehend begeistert sein. Die FDP fordert ja immer sehr viel, und zwar insbesondere, für die Inklusion mehr zu leisten. Genau das tun wir in diesem Nachtrag mit 509 Stellen für diesen Bereich.

Wobei – so richtig einig ist sich die FDP nicht. Herr Witzel hat ja unlängst in einer Pressemitteilung vom 4. Juni in der „WAZ“ mitgeteilt, dass er es für falsch hält, dass die Demografiegewinne nicht für Stellenkürzungen genutzt worden sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Das verdrehen Sie!)

Er sagt sehr deutlich: keine zusätzlichen Lehrerstellen aus der Demografie in die Inklusion, sondern Stellen einplanen. – Das ist ausdrücklich nicht unser Ansatz, und deswegen ist es richtig, die zusätzlichen Stellen hier zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die CDU hat für heute einen Antrag vorgelegt „Die Weiterbildung – insbesondere die Familienbildung – in Nordrhein-Westfalen stärken und besser fördern“, den wir nachher noch diskutieren. Die CDU legt einen Antrag vor. Wir legen einen Nachtragshaushalt durch die Landesregierung vor, der die zusätzlichen Mittel für diesen Bereich schon bereitstellt. Wir handeln auch hier.

Die Piraten legen immer wieder sehr viel Wert auf zusätzlichen Breitbandausbau. In diesem Nachtrag sind 80 Millionen € als Kofinanzierung für Bundesmittel vorgesehen.

Für jeden in der Opposition ist also etwas dabei, und eigentlich müssten Sie hier begeistert zustimmen – insbesondere, weil das Ganze ohne eine Erhöhung der Neuverschuldung auf den Weg gebracht wird.

Wir tun aber noch mehr als das, was die Opposition fordert. Wir leisten vor allem für die Kommunen viel: 400 Millionen € zusätzlich zur Unterstützung der Kommunen im Bereich der Flüchtlinge; insbesondere für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge muss mehr getan werden. Von diesen 400 Millionen € bekommen wir 150 Millionen € vom Bund – also wieder den geringeren Anteil –, was dazu führt, dass die Schere immer weiter auseinandergeht.

Die Kostenbeteiligung des Bundes zur Finanzierung der Flüchtlingskosten liegt in Nordrhein-Westfalen mittlerweile bei weit unter 20 %, und mit diesem Nachtragshaushalt wird es noch mehr. Das kann so nicht weitergehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat es schon dargestellt, aber ich möchte auch noch einmal unterstreichen, dass die von der Opposition gemalten Horrorszenarien über einbrechende Steuereinnahmen und Belastungen des Haushalts wieder einmal nicht eingetreten sind. Es wurde gerade dargestellt: Die Einnahmen sind höher als die bisherigen Schätzungen. Und das, was sich manche klammheimlich gewünscht haben, dass durch einbrechende Steuereinnahmen der Haushalt aus dem Ruder läuft, wird eben nicht eintreten.

In einem Bereich sollten meines Erachtens jedoch alle Fraktionen gemeinsam noch einmal darüber diskutieren, wie wir diesen Nachtrag noch nachbessern. Im Moment gibt es die Diskussion, den Integrationsplan gemeinsam in diesem Haus vorzulegen. Daran sollte sich eine Debatte anschließen, inwieweit wir aus diesem Integrationsplan schon bestimmte Dinge gemeinsam auf den Weg bringen, die wir in diesem Nachtrag verankern. Meiner Meinung nach wäre das ein guter Schritt, den Plan auch relativ schnell umzusetzen.

Zusammengefasst kann man sagen: Wir unterstützen die Kommunen stärker. Wir stärken die Inklusion. Wir helfen Familien. Wir fördern die Integration. Das alles sollte uns ein gemeinsames Anliegen sein, und deshalb kann ich die Opposition nur bitten, den entsprechenden Nachtragshaushalt in diesem Haus mitzutragen. Er ist gut für das Land und für die Bürgerinnen und Bürger. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Optendrenk.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wäre mein Anliegen gewesen, mit Ihnen über das, was der Minister eingebracht hat, und über das, was der Kollege Zimkeit als Einschätzung gegeben hat, zu debattieren. Es gibt aber einen Sachverhalt, der in besonderer Weise das Verständnis der Landesregierung und des Ministers über die Arbeit des Parlaments und das Beratungsverfahren dieses Haushalts betrifft, der hier zunächst vorrangig zu diskutieren ist.

Herr Minister, Sie haben sich zweimal schriftlich der Bitte der CDU-Fraktion verwehrt, die Daten der regionalisierten Steuerschätzung dem Parlament, dem Haushalts- und Finanzausschuss, herauszugeben. Sie haben sich geweigert, das zu tun, obwohl Sie im vergangenen November auf eigenen Antrieb genau das getan haben. Sie haben erklärt, das sei nicht opportun, und das sei auch nicht etwas, was wir verlangen könnten.

Auf der anderen Seite haben Sie hier vorgetragen, die Steuereinnahmeerwartungen seien besser, als es bisher von Ihnen in den Haushaltsberatungen angesetzt und vom Parlament im Dezember verabschiedet worden sei. Sie haben sich aber geweigert und weigern sich bis heute – ich war deshalb sehr gespannt, was Sie hier am Rednerpult als Aktualisierung Ihrer Zahlen heute präsentieren –, uns die Zahlen zu nennen, die sich aus der Mai-Steuerschätzung ableiten.

Ihr Staatssekretär hat auf meine Frage in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung, ob man da nicht Enttäuschungen erlitten habe, die man nicht hätte erwarten müssen – wenn man doch weiß, dass die Landesregierung das Wort „Transparenz“ allein im Koalitionsvertrag 43 Mal stehen hat –, geantwortet: Na, ja, Enttäuschungen sind einfach das Ergebnis falscher Erwartungen. – Herr Staatssekretär, das kann man mit einem Lächeln in einer Ausschusssitzung auch einmal sagen.

Allerdings passt es dann nicht, dass der Minister gestern Abend der „Rheinischen Post“ Zahlen gegeben hat, die er uns nicht gibt. Herr Minister, Sie haben um 17:29 Uhr an die „Rheinische Post“ eine E-Mail schreiben lassen. Diese liegt mir vor, und ich bin ausdrücklich befugt, aus dem Inhalt zu zitieren. Sie haben darin Zahlen benannt und gesagt: Die schematische Regionalisierung sieht ebenso aus. – Sie liegt 800 Millionen € unter dem, was der Steuereinnahmensansatz im Nachtragshaushalt ausweist.

Herr Minister, es geht nicht um die Zahl, sondern es geht darum, dass Sie von allen Menschen permanent Transparenz einfordern. Sie tun so, als seien Sie der Beauftragte von Transparency International.

Ich sage Ihnen etwas zu Ihrem Kommunikationsstil bei Ihrem eigenen Haushaltsgebaren, zu Ihren Daten, die an das Parlament gehen, zu dem, wie Sie hier im Parlament miteinander umgehen, zu dem, was Sie seit Monaten hier in der Rollenverteilung zwischen Regierung und Parlament abziehen. Das reicht vom Effizienzteam über die Frage, wie sich Ihr Ergebnis der Bund-Länder-Finanzbeziehungen auf Gemeinden, das Land und insgesamt verteilt, bis hin zu diesem Vorgang. Herr Minister, Sie sind nicht der Beauftragte von Transparency International, auch wenn Sie es gerne sein möchten. Sie sind der legitime Zögling von Friedel Neuber.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Stand das auch in der E-Mail?)

Herr Minister, ich erwarte, dass Sie alles vorlegen, was bis jetzt an Daten im Budgetverfahren erforderlich ist. Ich erwarte, dass Sie uns als Parlament die Daten zur Verfügung stellen. Dazu hat die Frau Ministerpräsidentin eben auch schon einen Schlenker in der anderen Debatte gemacht. Das, was das Parlament hier berät, muss mit entsprechenden Daten unterfüttert werden, die die Regierung zur Verfügung

stellt. Nur Sie haben das Einbringungsrecht. Sie müssen uns die Daten zur Verfügung stellen. Auf der Grundlage entscheidet das Parlament. Wir können nicht verantwortlich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger entscheiden, wenn Sie diese Daten nicht zur Verfügung stellen.

(Beifall von der CDU)

Ein weiterer Punkt: Der Minister hat großen Wert darauf gelegt, dass er Dinge mit dem Hamburger Kollegen immer in einem sehr engen Einvernehmen abstimmt. Zuletzt geschah das auf der Finanzministerjahreskonferenz am Neuruppiner See. Das ist auch in Ordnung.

Tatsache ist aber, Herr Minister, es ist keineswegs so, wie Sie es uns und der Presse bisher geschildert haben, wonach es in anderen Bundesländern unüblich sei, die regionalisierte und auf das einzelne Bundesland heruntergebrochene Steuerschätzung zu veröffentlichen. Ihr Hamburger Finanzsenatorkollege hat genau das in einer Pressekonferenz am 17. Mai vorgestellt. Nichts anderes haben Ihre Ministerkollegen aus Brandenburg und Baden-Württemberg gemacht.

Also erzählen Sie hier nichts mehr von Transparenz. Schaffen Sie Datenklarheit für das Haushaltsberatungsverfahren. Ansonsten ist das hier alles eine Farce. Das würde dem parlamentarischen Budgetrecht in keiner Weise gerecht – und Ihrem Anspruch sowieso nicht.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Zimkeit zulassen?

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Aber natürlich. Klar.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit (SPD): Schönen Dank, Herr Kollege. Sie können ja aus eigener Erfahrung berichten. Können Sie sagen, ob es bei der Vorgänger-Landesregierung üblich war, die Zahlen, die Sie gerade eingefordert haben, vorzulegen?

(Zuruf von der CDU: Ja, sicher!)

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Sie stellen eine sehr interessante Frage, die aber mit dem aktuellen Sachverhalt wenig zu tun hat.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie reden ja auch nicht zum Nachtragshaushalt!)

– Doch. Ich rede sehr wohl zum Nachtragshaushaltsberatungsverfahren.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der eigene Anspruch, den diese Regierung hat, ist im Koalitionsvertrag unter Fällung von verdammten vielen Bäumen nachlesbar.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

43-mal kommt das Wort „Transparenz“ vor, Herr Kollege. Wenn man diesen Anspruch kein einziges Mal einlöst, sondern immer nur von Sparkassenvorständen bis zu Steuerpflichtigen berechtigt – das sage ich ausdrücklich dazu – einfordert, dass Transparenz herzustellen ist, dann muss, wenn nur ein Finger auf die anderen zeigt, eben der alte Satz gelten, dass alle anderen Finger auf einen selbst zeigen.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Herr Minister, Sie können bitte langsam anfangen, Ihren Anspruch an sich selbst zu richten. Legen Sie endlich alle Daten auf den Tisch, auf die das Parlament Anspruch hat. Geben Sie nicht weiter den Verheimlicher im Sinne Ihres Ziehvaters Friedel Neuber.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Michael Hübner [SPD]: Stand das auch in der E-Mail? Stand das auch in der E-Mail?)

– Haben Sie eine Frage gestellt?

(Stefan Zimkeit [SPD]: Machen wir nicht mehr! Sie beantworten die ja nicht!)

Ich möchte noch einen inhaltlichen Punkt aufgreifen, den Sie hier eben angesprochen haben, Herr Minister. Es geht darum, was der Bund macht, und darum, und was Sie tun. Vergleichen wir im Haushaltsberatungsverfahren doch einmal weiter, welche Kreditermächtigung die BlmA – die Anstalt für Immobilienaufgaben des Bundes – hat. Wenn sie eine Abführung vornimmt, muss sie das aus dem Ertrag machen.

Wir haben hier im Haushalt eine Kreditermächtigung für den BLB. Sie benutzen den BLB als Spardose. Er muss für seine Investitionen, für Bauten des Landes anschließend weitere Kredite aufnehmen oder dafür Restkreditermächtigungen nutzen. Sie benutzen den BLB als Spardose. Sie sind im Grunde mit der fallenden Linie gescheitert. Das wissen Sie auch. Aber Ihnen kommt es offensichtlich mehr auf Kommunikation als auf solide Haushaltsführung an.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Optendrenk. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Präsident, ich habe

etwas ganz Ungewöhnliches vor. Ich will zum Thema reden. Das ist, glaube ich, der zweite Nachtragshaushalt, lieber Kollege Marcus Optendrenk.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es lohnt sich; denn auch wenn die Zahl der zu uns kommenden Menschen gesunken ist, ist die Integration eine Aufgabe, die uns nicht nur über viele Jahre begleiten wird. Sie verlangt uns auch ab, dass wir kurzfristig in Form eines Nachtragshaushalts nachsteuern. Genau das tun wir.

172 Millionen € stehen für zusätzliche Zuweisungen an die Kommunen über das Flüchtlingsaufnahmegesetz zur Verfügung. Durch die Anpassung, die sich aus den neuen Flüchtlingszahlen ergeben hat, kommen zusätzliche 213 Millionen € an Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge hinzu. Das Land gibt also eine Summe von 385 Millionen € an die Kommunen weiter. Das zeigt: Wir sind vertragstreu. Wir helfen den Kommunen und leiten die Mittel nicht nur weiter, sondern nehmen massiv Geld in die Hand.

Wir haben Ende 2015 mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, aufgrund der jetzt tatsächlich vorliegenden Flüchtlingszahlen in den Kommunen – durch die geänderte Stichtagsregelung zum 1. Januar 2016 –, die Mittel im FlüAG anzupassen. Wir halten diese Vereinbarung ein. Die Zahlen liegen jetzt vor. Das bedeutet für einzelne Kommunen 8 bis 9 % zusätzliche Mittel.

Meine Damen und Herren, den Ausgaben im zweiten Nachtrag stehen Einnahmen gegenüber. Unter anderem sind es 150 Millionen € durch die vorgezogene Spitzabrechnung des Bundes. Wenn wir diesen Nachtrag nun einmal mit dem in Zusammenhang stellen, was wir seit 2015 hier im Parlament bewegt haben, dann sind das annähernd 5 Milliarden €. Wenn die Länderfinanzminister davon ausgehen, dass wir für die Kosten der Integration in den Ländern Aufwendungen von 20 bis 25 Milliarden € haben und der Bund daran einen Anteil von nicht einmal 5 Milliarden € insgesamt übernimmt, dann zeigt das eine eklatante Schieflage.

Herr Optendrenk, an dieser Stelle muss wieder ein Appell erfolgen. Das habe ich schon einige Male von diesem Pult gesagt. Er scheint aber zu verhallen. Sie müssen als größter Landesverband der CDU Ihren Einfluss geltend machen, damit sich der Bund endlich seiner Verantwortung stellt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

In dem Brief, den der bayerische Finanzminister gemeinsam mit unserem Finanzminister geschrieben hat, wird nicht gefordert, dass der Bund alles übernehmen soll und wir überhaupt nichts mehr machen, sondern es steht ein fairer Vorschlag mit einer Kostenübernahme von 50 % im Raum.

Wenn Bayern und NRW in Finanzfragen einer Meinung sind, dann muss das richtig sein. Es ist den Leuten aber nicht zu vermitteln, dass wir hier mit Nachtragshaushalten alles bewegen. Den Leuten vor Ort, die in den Flüchtlingsunterkünften arbeiten, sowie den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, welche die Aufgaben managen müssen, ist nicht zu erklären, dass sich der Bund so – in dieser Art und Weise – aus der Verantwortung stiehlt, meine Damen und Herren!

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Abel, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Dr. Optendrenk?

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Wenn es zum Thema ist, sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das entscheidet dann der Fragesteller. Bitte schön.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Kollege, herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich möchte Sie fragen, ob Sie mit mir der Meinung sind, dass es Voraussetzung dafür, dass wir entsprechend tätig werden können – wie auch beim Thema Bund-Länder-Finanzbeziehungen allgemein –, ist, eine ausreichende Datengrundlage dazu zu bekommen, wie sich die Verhältnisse zwischen Bund und Ländern in Bezug auf die Finanzbelastungen bei der Flüchtlingsfrage konkret darstellen. Und sind Sie mit mir der Meinung, dass der Minister dazu noch eine Antwort schuldig ist?

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Kollege Optendrenk, wir haben beim Länderfinanzausgleich – das haben Sie völlig zu Recht gesagt – in diesem Hause einen Konsens. Wir haben dem Minister in diesem Hause ein breit getragenes Mandat für die Verhandlungen gegeben.

Und wenn Sie das schon ansprechen: Wir haben auch beim Länderfinanzausgleich die Situation, dass es einen konkreten Vorschlag der Bundesländer – da sind sich alle 16 Bundesländer einig – gibt und dass der Bund bis heute diesem Vorschlag nicht beigetreten ist.

Das ist ein weiterer Punkt, wo wir von der Bundesregierung bzw. vom Bundesfinanzminister erwarten, dass er das, was seine Länderfinanzkollegen sagen – ich könnte jetzt noch andere Punkte anführen, zum Beispiel den Kampf gegen Steuerhinterziehung, will aber beim Punkt Länderfinanzausgleichs bleiben –, aufnimmt. Da ist aber immer noch nichts passiert. Es ist fast ein Jahr her, dass diese Einigung erreicht wurde. Seitdem ist nichts geschehen. Das ist den Leuten nicht zu vermitteln.

Natürlich brauchen wir Daten. Ich habe die Datenbasis für die Kosten der Integration aber eben genannt. Die Länderfinanzminister – darunter sind auch Ihre Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern – sprechen seit geraumer Zeit von Kosten in Höhe von 20 Milliarden € bis 25 Milliarden €.

Es ist nicht akzeptabel, dass Herr Schäuble mit Staatssekretär Spahn – er gehört Ihrer Landesgruppe an – eine Pressemitteilung nach der anderen herausgibt und Sie hier immer so tun, als wenn wir nicht haushalten könnten, und bei allen Mehrausgaben sagen: Das hätten Sie woanders hernehmen müssen. Dabei ist es so, dass sich der Bund seit Monaten weigert, in die Verantwortung zu gehen und den Überschuss, den es auf Bundesebene gibt, anzuzapfen. Das ist nicht akzeptabel, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich – wir haben auch ja beim vorigen Tagesordnungspunkt darüber geredet – noch erwähnen: Wir sehen 11,5 Millionen € für über 500 zusätzliche Stellen in den Schulen vor. Davon sind zur Stärkung der Inklusion 300 Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen gedacht. Es wird mehr Geld für Weiterbildung und Familienbildung ausgegeben. Des Weiteren sind rund 1 Million € für zusätzliche Stellen im Bereich des Justizvollzugs vorgesehen. Für die Finanzverwaltung gibt es einen Zuwachs von 3,2 Millionen € für Sachmittel und zusätzliche Stellen für das wichtige Projekt „Finanzverwaltung der Zukunft“.

Bei der Polizei haben wir erneut nachgebessert. Es gibt dort zusätzliche Ausstattung. Ich habe, Herr Kollege Optendrenk – so, wie sich Ihre Fachkollegen hier in der Vergangenheit in den Debatten zur inneren Sicherheit aufgeführt haben –, schon erwartet, dass Sie diese immense Anstrengung zumindest einmal erwähnen. Ich verlange ja nicht, dass Sie sagen, dass das gut ist. Zumindest aber sollten Sie anerkennen, dass wir jetzt erneut im Nachtragshaushalt die Ausstattung der Kolleginnen und Kollegen, die für unsere Sicherheit sorgen, verbessern werden.

Meine Damen und Herren, wir machen das ohne eine Anhebung der Neuverschuldung. Das zeigt wieder: Wir reagieren. Wir halten unser Wort gegenüber den Kommunen. Wir erkennen die wichtige Leistung an, die vor Ort gemacht wird. Und wir helfen da, wo wir als Land die Verantwortung haben. Machen Sie Ihren Einfluss in Berlin deutlich. Es kann nicht sein, dass sich der Bund der Verantwortung weiter entzieht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abel. – Für die FDP-Fraktion hat nun der Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushalt des Jahres 2016 ist ein besonders wichtiger, denn es ist der letzte ernsthafte Indikator für die Haushalts- und Finanzpolitik dieser Landesregierung vor der Landtagswahl. Der Haushalt des Jahres 2017, der voraussichtlich im Dezember beschlossen werden wird, wird ein Märchenbuch von Versprechungen werden, das bis Mai 2017, was den Vollzug angeht, niemand ernsthaft evaluieren kann.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

– Dieser Haushalt, Herr Kollege, ist deshalb so wichtig, weil damit die Seriosität dieser Landesregierung auf den Prüfstand gestellt werden kann.

Der Finanzminister bewirbt sich mit diesem zweiten Nachtrag 2016 ganz erkennbar um einen Eintrag als größter Trickser ins Guinnessbuch der Rekorde. Begonnen hat er damit schon Ende letzten Jahres mit dem Stammhaushalt für das Jahr 2016. Da gab es eine gigantische Haushaltskosmetik von über 1 Milliarde €. Beides muss natürlich an dieser Stelle auch zusammen betrachtet werden.

Es gab zwei Maßnahmen der Trickserei. Dabei ging es einmal um die Streichung des Versorgungsfonds im Haushalt des Jahres 2016. Sie haben den Haushalt 2016 durch Umbuchungen zwischen den Jahren um über 600 Millionen € – genauer gesagt: 635 Millionen € – entlastet und umgekehrt den BLB noch einmal 426 Millionen € an den Landeshaushalt zuführen lassen. Das waren zwei Maßnahmen, um den Schuldenstand bzw. die Nettokreditaufnahme dieses Jahres in einer kosmetisch und formal richtigen Darstellung um 1 Milliarde € zu senken. Das geschah aber nicht durch Einsparungen oder durch Gestaltung, sondern in Form eines bloßen Verschiebebahnhofs.

Dieses hat offenbar für Sie, Herr Finanzminister, schön und gut funktioniert. Es ist ja auch so bequem. Dann muss man politisch keine Entscheidungen treffen, sich mit niemandem anlegen und auch gar keine Kreativität aufbringen, was neue politische Lösungsansätze angeht, sondern man verschiebt einfach zwischen Sondervermögen und dem Teil, der formal etatisierter Landeshaushalt ist. Die Beträge werden wie auf einem großen Verschiebebahnhof verschoben. Und siehe da: Auf einmal sind wieder fast 200 Millionen € da. Die können Sie ausgeben und trotzdem im strengen haushaltsrechtlichen Sinne sagen: Die Nettokreditaufnahme ist dadurch aber, formal betrachtet, nicht gestiegen, weil ich das Geld aus Sondervermögen herausgezogen habe, um entsprechend Mehrausgaben zu finanzieren – so, wie man ja auch gerne Gelder des Bundes einstreicht.

Das ist nicht in Ordnung in der Darstellung. Dieser Haushalt hier in Nordrhein-Westfalen mit den Maßnahmen, die Sie für das Jahr 2016 im zweiten Nachtrag beabsichtigen, würde bei realer und fairer Betrachtung, ohne die Skalen ständig zu verschieben,

zu einer Neuverschuldung von über 3 Milliarden € führen. Das ist fast das Doppelte von dem, was Sie nach Ihrer Haushaltstrickserei formal ausweisen.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Die Öffentlichkeit muss, Herr Kollege, genau darauf hingewiesen werden, was hinter dieser Haushaltspolitik steht. Dahinter steht nämlich der Ansatz, nicht konsolidieren zu wollen, nicht auch einmal unbequeme Wahrheit zu äußern, keine Prioritätensetzungen vorzunehmen, sondern immer nur draufzusatteln, Herr Kollege.

(Michael Hübner [SPD]: Wie Sie das gestern gemacht haben!)

Ich sage Ihnen, was ich daran kritisiere.

(Michael Hübner [SPD]: Bitte!)

Ich kritisiere nicht, dass hier neue Aufgaben identifiziert werden. Ich kritisiere auch nicht das, was meine Vorredner angesprochen haben, dass völlig zu Recht in die Polizei investiert wird, wenn die Herausforderung von Kriminalität sowohl bei der Einbruchskriminalität als auch im Bereich internationaler Terrorismusgefahren zunimmt. Wir kritisieren auch nicht, dass, wenn es Defizite in der Versorgung und im Umgang mit dem Thema Zuwanderung gibt, dass da Schwerpunkte gesetzt werden.

Aber Schwerpunktsetzung heißt: Wenn auf der einen Seite neue Aufgaben an Bedeutung gewinnen, dann muss ich vielleicht an der anderen Stelle auch einmal Aufgabenkritik durchführen und überprüfen, ob Aufgaben, die man noch vor fünf oder zehn Jahren für richtig und wichtig gehalten hat, in dieser Dimensionierung noch so stattfinden müssen.

(Michael Hübner [SPD]: Wie im Nachtrag!)

Dann kann es sehr wohl eine Frage der Abwägung auch der Humanität sein, dass ich sage: Ich muss jetzt in den Zeiten dieser riesigen Zuwanderung, die auf Deutschland und auf Nordrhein-Westfalen zukommt, dort Schwerpunkte setzen. Dann hat das Vorrang und eben nicht mehr die Überprüfung jedes einzelnen Mauerseglers, jeder Fledermaus und jeder Wasserralle, um die ich mich sonst so gern in der Landespolitik kümmere.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Es wäre schön, wenn Sie in den Umweltausschuss gehen würden!)

Es ist vielleicht auch einmal eine Gestaltungsherausforderung, wo man sich einmal über das Thema E-Government Gedanken machen kann.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abel?

Ralf Witzel (FDP): Aber jederzeit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das habe ich mir gedacht. – Bitte schön, Herr Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Kollege Witzel, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Mich würde interessieren, wo der Änderungsantrag der FDP-Fraktion bleibt für den Mehrbedarf, der in dem Tagesordnungspunkt zuvor bei den Grundschulen formuliert wurde, und wie Sie gleichzeitig die 700 Millionen € Einsparungen umsetzen, die Sie jüngst wieder in einer Pressemitteilung gefordert haben. Kommen diese Änderungsanträge zum Haushalts- und Finanzausschuss oder kommen die dann zur letzten Lesung im Plenum?

Ralf Witzel (FDP): Kollege Abel, unsere Änderungsanträge zum Haushalt kommen im Wesentlichen einmal im Jahr zur generellen Haushaltsberatung.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Oh!)

So haben wir Ihnen ein dickes Paket vorgelegt – deshalb bin ich Ihnen sehr dankbar für die Frage –, weil Sie jetzt mit vielem, was Ihr Finanzminister, den Sie als Koalition tragen, vorlegt, das nachvollziehen, was wir Ihnen vor einem halben Jahr gesagt haben. Die Defizite an bestimmten Stellen in der Finanzierung der Justiz, in der Kostenerstattung für die Kommunen zieht der Finanzminister jetzt nach, und teilweise macht er das genau mit den Haushaltstiteln, mit denen wir das beantragt haben.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Der kontert die immer nicht!)

Sie haben uns im Haushalts- und Finanzausschuss vor einem halben Jahr gesagt, da könnten wir nicht kürzen, falls wir Einsparvorschläge zur Gegenfinanzierung gemacht hätten.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Da kam ja nichts!)

„Auslagen in Rechtssachen“ ist jetzt zum Beispiel genau der Titel, an den der Finanzminister herangeht. Er realisiert jetzt ein halbes Jahr später den Änderungsantrag des Kollegen Wedel, gibt ihm damit nachträglich recht, finanziert so die Maßnahmen, die wir gefordert haben. Das ist unsere Haushaltspolitik.

Was die Stellensituation angeht, Herr Kollege Abel, will ich Ihnen das auch klar sagen. Ich bin überhaupt nicht dagegen – das habe ich gerade deutlich gemacht –, dass neue Herausforderungen im Bildungsbereich auch mit Stellen unterlegt werden. Das brauchen wir auch. Wenn wir aus Gründen der Zuwanderung neue Aufgaben in Schulen bekommen, die Sie und ich in dieser Dimensionierung vor zwei Jahren nicht erahnen konnten, muss gehandelt werden.

Wir sagen allerdings: Wir haben 14.000 Stellen, die in der Zeit seit rot-grüner Regierungsübernahme frei

geworden sind. Wenn zum Beispiel die Abfindung von Vorgriffstunden erfolgt ist, weil dort nicht Stellen Unterricht gegeben haben, sondern Arbeitszeitkontenansprüche gelöscht worden sind, und daraus haben Sie in der Summe aller Einzelmaßnahmen 14.000 Stellen, die zunächst einmal für Neuaufgaben zur Verfügung stehen. Wenn es keinen doppelten Abiturjahrgang mehr gibt, brauche ich auch nicht mehr – jedenfalls für diese Aufgabe – diese Stellen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Für neue Aufgaben!)

Vielleicht brauche ich sie für andere Aufgaben im Bildungsbereich.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Vielleicht! Sehen Sie!)

– Herr Kollege, Sie haben als Landesregierung seit Ihrer Amtsübernahme in Nordrhein-Westfalen über 8.000 Stellen aufgebaut, und wir sagen, das hätten Sie nicht gemusst. Denn die neuen Aufgaben bei Bildung und bei innerer Sicherheit hätten Sie aus den Stellen finanzieren können, die an anderer Stelle frei geworden sind. Das ist dann eben die Frage der Prioritätensetzung.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Der Kollege hat eben gesagt, das ist alles zu wenig!)

– Genau das habe ich gemeint. Dann müssen Sie sich einmal bestimmte Fragen stellen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ja oder nein!)

Wenn wir wie durch die Vielzahl der Flüchtlinge, die im letzten Jahr zu uns gekommen sind und auch in diesem Jahr noch kommen werden, solche immensen humanitären Aufgaben haben, dann müssen Sie sich die Frage stellen, ob es entscheidend ist, dass Nordrhein-Westfalen die größten Überstandards beim LPVG hat oder ob nicht vielleicht das, was im bundesweiten Mittel den anderen Bundesländern in der Mitbestimmung ausreicht,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

im Rahmen der Prioritätensetzung auch ausreichen kann. Das sind politische Entscheidungen, die Sie, Herr Kollege, treffen müssen.

Deshalb lade ich Sie schon für die nächsten Haushaltsberatungen, die Sie angesprochen haben, ein:

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Prüfen Sie mit mehr Gewissenhaftigkeit unsere Vorschläge, sowohl was Einsparpotenziale als auch Finanzierungsnotwendigkeiten angeht.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann lesen Sie es mal vor!)

Mit diesem Nachtragshaushalt beweisen Sie, dass Sie jedenfalls einen Teil der von uns vor einem hal-

ben Jahr vorgeschlagenen Maßnahmen als Ihre eigenen ausgeben. Vieles von dem hätten wir schon vor einem halben Jahr haben können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Für die Piratenfraktion spricht nun Herr Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal und daheim! Königsrecht des Parlaments ist das Haushaltsrecht. Ganz ehrlich, wir beraten hier und heute in erster Lesung einen Nachtragshaushalt, den zweiten für dieses Jahr. Der Kollege Zimkeit eben gesagt hat, das lege Schwerpunkte fest.

Die Schwerpunktfestsetzung erfolgt normalerweise, und da gebe ich dem Kollegen Witzel durchaus recht, in den generellen Haushaltsberatungen zu einem Haushaltsjahr, und das ist 2016. Die Haushaltsberatungen waren im Dezember des letzten Jahres abgeschlossen. Was jetzt kommt, ist unabhängig von der Aufgabenerfüllung im Bereich Flüchtlinge nichts weiter als ein Bauchladen.

Man muss sich das einfach mal ansehen. Und die Menschen, die uns im Lande zuhören und etwas von einem Nachtragshaushalt hören, gehen erst einmal so landläufig davon aus, dass da etwas vergessen worden ist. In der Tat, es scheint einiges vergessen worden zu sein, wenn man bedenkt, dass Schwerpunktssetzungen erfolgen sollen, wie wir schon im Bereich Schule, und hier im Bereich der Inklusion gerade erörtert haben.

Der vorliegende Nachtragshaushalt sieht 300 Stellen für Sonderpädagogen vor. Das hatten wir heute Morgen ja schon in der Aussprache zur Aktuellen Stunde mehrfach gehört. Verehrte Damen und Herren, diese 300 Stellen sind 0,75 Stellen pro Kommune in Nordrhein-Westfalen oder 0,05 Stellen pro Schule. Bei einer Annahme von 40 Arbeitsstunden ist das ein Mehrwert von zwei Mann bzw. Frau pro Stunde in der Woche pro Schule. Bei durchschnittlich 416 Kindern pro Schule sind das gut 17 Sekunden Unterstützung pro Schüler in NRW im Bereich der Inklusion.

Wir fragen hier noch gar nicht, woher, Frau Ministerin Löhrmann, die qualifizierten Menschen kommen sollen, die das leisten. Aber dass die Landesregierung hier und heute hervorhebt, dass es für 17 Sekunden pro Woche und Schüler eine sonderpädagogische Unterstützung geben soll, ist peinlich!

(Beifall von den PIRATEN)

Da hilft auch nicht die von Ihnen, Frau Ministerin Löhrmann, angesprochene „Schrittigkeit“, die hier im

Nachtragshaushalt dokumentiert wird. Dieser Nachtragshaushalt im Bereich Schule hinkt mal wieder hinter allen Anforderungen, auch was die Schwerpunktsetzung in die Zukunft gerichtet angeht, her.

Der Verband Bildung und Erziehung forderte von der Landesregierung schon vor einigen Monaten die Sicherstellung einer weitgehenden Doppelbesetzung aus Sonderpädagogen und Regelschullehrkräften in inklusiven Lerngruppen von round about 7.000 Stellen. Sie kommen heute und hier in dem Nachtragshaushalt, in dem zweiten für das Jahr 2016, mit 300 Stellen um die Ecke. Das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Sie legen im Nachtragshaushalt Ausgaben für den Bereich Integration fest. Die Hauptkritik aus integrationspolitischer Sicht ist grundsätzlicher Natur. Der Nachtragshaushalt kann in der vorliegenden Version nur unvollständig sein. Dies alleine schon deshalb, weil hier im Landtag Nordrhein-Westfalen quer durch alle Fraktionen, quer durch diesen Landtag ein Integrationsplan für NRW debattiert, erörtert, erarbeitet werden soll. Mit diesem Integrationsplan werden also weitere finanzielle Verpflichtungen einhergehen müssen. Der dritte Nachtragshaushalt sollte damit also quasi schon vor der Tür stehen.

Dann muss man auch wissen, dass dieser Nachtragshaushalt eben weitere Schwerpunkte bzw. politische Prioritäten setzt wie zum Beispiel im Verfassungsschutz zwei Planstellen.

Und dann kommen wir zur Polizei. Auch da mag es sein, dass der Nachtragshaushalt in gewisser Weise auf die internationale Sicherheitslage Rücksicht nimmt. Da ist von Terrorabwehr für den Wach- und Wechseldienst die Rede. Dann sollen aber 2.500 Maschinenpistolen gemäß Verpflichtungsermächtigung angeschafft werden, demnächst 460 Maschinenpistolen für die Bereitschaftspolizei, 40 Präzisionsschützengewehre, 150 Mitteldistanzwaffen, Ausbau- und Zentralisierung der Server zur verdeckten Beobachtung durch Spezialeinheiten. Was wird hier vom Innenministerium geplant? Krieg? – Also, die Militarisierung der Polizei ist quasi auch eine Einschüchterung der Bevölkerung, wenn Polizisten mit Maschinenpistolen durch die Städte patrouillieren, und ist ein Witz!

(Beifall von den PIRATEN)

Sprechen Sie doch einmal vonseiten der Landesregierung mit Polizisten auf der Straße, was die davon halten. Ich sage es Ihnen, ich habe es nämlich getan: nichts. Es gibt kein Mehr an Sicherheit durch das, was Sie hier durch den Nachtragshaushalt an Schwerpunkten setzen möchten.

Es gibt noch zahlreiche andere Punkte wie zum Beispiel – das wurde schon angesprochen – die Frage der Refinanzierung und auch die Problematiken BLB und Darlehensrückzahlungen. Das werden wir sicher

im Haushalts- und Finanzausschuss – weil die Redezeit hier zu kurz ist –

(Zuruf von den GRÜNEN: Oh!)

im Detail erörtern können.

Aber einen Punkt noch zum Abschluss: Auch für die Finanzverwaltung der Zukunft legt dieser Nachtragshaushalt etwas vor: 3,2 Millionen € zur Ausstattung aller Anwarter mit speziellen Laptops. Herr Finanzminister, die Frage, die ich stelle, ist aus der Anhörung zum Haushalt 2016 im Bereich Personal: Gibt es eigentlich in der Zwischenzeit WLAN in Nordkirchen? – Das war zu diesem Zeitpunkt nämlich nicht der Fall. Diese Frage würde ich gerne im Ausschuss in den Detailerörterungen beantwortet wissen.

Einer Überweisung dieses Nachtragshaushalts an den Haushalts- und Finanzausschuss stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Gesetzentwurfs Drucksache 16/12117** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Unterausschuss Personal**, an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, an den **Rechtsausschuss**, an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**, an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend**, an den **Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation** sowie an den **Innenausschuss**. Alle fünf Fraktionen haben sich in der Zwischenzeit darauf verständigt, den Gesetzentwurf an diese Ausschüsse sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** zu überweisen. Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist alles nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen worden, und es wird so verfahren.

Wir kommen nun zu:

3 Nordrhein-Westfalen soll das Land des digitalen Aufbruchs in Deutschland werden: Landesregierung muss Digitalisierungsstrategie entwickeln

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/12126

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Stein das Wort.